

wie Ethnizität und die Zusammenhänge zwischen „gender“ und westlicher Vorherrschaft erstmals angemessen beachtet zu haben. In Deutschland sind die Impulse dieser Forschungsrichtung bisher allerdings lediglich in kleinen Fachzirkeln aufgegriffen worden.

Der in Cambridge lehrende Anglist Ato Quayson hat jetzt eine anregende, leider ein wenig jargonbefrachtete Einführung in das unübersichtliche Themenfeld vorgelegt. Seine nützliche Arbeitsdefinition sucht dem eklektischen Charakter von Postkolonialismus in hilfreicher, wenngleich nicht voll überzeugender Weise beizukommen: „... it involves a studied engagement with the experience of colonialism and its past and present effects, both at the local level of ex-colonial societies as well as at the level of more global developments thought to be the after-effects of empire. Postcolonialism often also involves the discussion of experiences of various kinds, such as those of slavery. Migration, suppression and resistance, difference, race, gender, place, and the responses to the discourses of imperial Europe such as history, philosophy, anthropology and linguistics“ (S. 2). Der Autor plädiert einleitend nachdrücklich für eine Perspektive, die den Kolonialismus als konstitutiv für die europäische Moderne und die Globalisierung ansieht und seine nachhaltigen Auswirkungen auf die gegenwärtige soziale Realität und Wissenschaft hervorhebt. „Hybridität“ sei dabei das zentrale Charakteristikum aller zeitgenössischen Gesellschaften – in den ehemaligen Kolonien ebenso wie in Europa. Sorgsam zeichnet der Autor sodann die Schlüsseldebatten des Postkolonialismus nach. Vorge stellt werden etwa die Kontroversen über das Verhältnis von lokalem Wis-

sen und Historiographie, die Verbindung von Postmoderne und Postkolonialismus sowie den Einfluß des Feminismus auf postkoloniale Theoriebildung. Nicht ganz folgen kann ich dagegen Quaysons „postkolonialer Lektüre“ Shakespeares, der er ein ganzes Kapitel widmet. Der Kaufmann von Venedig als „säkulare Parabel, durch die Fragen der Rasse, der Klasse, des Multikulturalismus und der Diaspora heute neu bestimmt werden können“ – das ist mir doch etwas zuviel des Guten.

Andreas Eckert

Jenseits der Westpolitik. Die Außenpolitik der osteuropäischen Staaten im Wandel. Hrsg. von Magarditsch Hatschikjan (=Grundlagen für Europa 6), Leske + Budrich, Opladen 2000, 207 S.

Der Antrieb dieses Bandes – ein erstes Ergebnis eines Projektes der Studien- gruppe „Europa“ des Kulturwissen- schaftlichen Instituts im Wissen- schaftszentrum Nordrhein-Westfalen – ist durchaus lobenswert. Er will den Leser hinter die nahezu unisono propa- gierte außenpolitische Konzentration osteuropäischer Staaten auf die euroat- lantische Integration führen und die regional- und nachbarschaftspoliti- schen Konzeptionen in den ersten zehn Jahren beleuchten. Die elf Beiträge sind in drei Kapitel unterteilt, wobei jedem Kapitel übergreifende Überle- gungen vorangestellt sind.

Das erste Kapitel wird vom Heraus- geber, *Magarditsch Hatschikjan*, eingeleitet („Nationale Interessen und außenpolitische Orientierungen in Osteuropa“). Dabei werden die Grund-

probleme deutlich, die beim Austarieren des Verhältnisses von Nation und Außenpolitik entstehen. Im Gegensatz zu Westeuropa muß sich Osteuropa sowohl mit dem „ultranationalen“ Erbe der Zwischenkriegszeit als auch der Mischung aus „verordnetem Internationalismus“ und „verbrämtem Nationalismus“ der sozialistischen Zeitspanne auseinandersetzen. Erklärtes Ziel aller Staaten Ostmittel- und Südosteuropas ist die Integration in EU und NATO. Nachgeordnet sind die Beziehungen zu den Nachbarn sowie die regionale Kooperation. Die Nationalpolitik der einzelnen Staaten variierte dabei deutlich und hing davon ab, ob eine große Anzahl der Angehörigen der Titularnation außerhalb der Staatsgrenzen lebten oder aber innerhalb der Staatsgrenzen größere Minderheiten-Gruppen vorhanden waren. Ein Beispiel für die erste Gruppe bietet Ungarn. *László J. Kiss* sieht daher auch die Außenpolitik Ungarns („Ungarn: Nation, Minderheit und Westbindung“) nach 1990 von dem Trianon-Syndrom geleitet. Die Bestimmungen des Vertrages von Trianon bestimmen die regionale und nachbarschaftliche Politik der Regierungen Antall, Horn und Orbán. Für die zweite Gruppe steht hingegen Lettland. Für den 1990 unabhängig gewordenen Staat bestimmen die Probleme um die großen ethnischen Minderheiten, die Russen, Ukrainer und Weißrussen, die Außenpolitik, wie *Ojars Skudra* erläutert („Nation und ethnische Minderheiten in der Außenpolitik Lettlands“). Anders gelagert ist hingegen der Fall Polens. *Grzegorz Gromadzki* verdeutlicht in seinem Beitrag („Mauern oder Brücken? Polens Beziehungen zur Ukraine, zu Weißrußland und zu Litauen“) die Stellung des Landes, das als künftiges

Mitglied in NATO und EU vor der großen Herausforderung steht, an seiner Ostgrenze keine neue Mauer entstehen zu lassen.

In dem zweiten Kapitel „Nachbarschafts- und Regionalpolitik“ gibt *Christian Meier* zunächst einen Überblick über die verschiedenen Modelle regionaler Zusammenarbeit („Regionale Kooperation – Bestimmungsfaktoren, Modelle, Perspektiven“). Dabei arbeitet er deutlich heraus, daß das Zusammenwirken mit EU-Staaten häufig die Weichen für die regionale Kooperation gestellt hat. Die Auflösung des RGW hatte nicht die Gründung einer vergleichbaren Organisation in Osteuropa zu Folge. Statt dessen entstand eine Reihe von Regionalorganisationen, die die Sicherheit und Stabilität in Europa gewährleisten: Euroarktischer Barentssee-Rat, Rat der Ostsee-Anrainerstaaten, Baltische Freihandelszone, Mitteleuropäische Freihandelszone, Zentraleuropäische Initiative, Schwarzmeer-Wirtschaftskooperationsorganisation.

Von zentraler Bedeutung für Ostmitteleuropa ist die Freihandelszone (CEFTA), die zunächst aus politischem Anlaß geboren wurde, wie *Vladimir Handl* ausführt („Die CEFTA – mehr als bloß Freihandel?“). Auf der Suche nach einem neuen politischen Rahmen hatten die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn im Februar 1991 in Visegrád – daher die Bezeichnung „Visegrád“-Staaten – eine Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet mit folgendem Ziel angekündigt: „sowohl die Wiederherstellung der Unabhängigkeit, Demokratie und Freiheit jedes Staates als auch die volle Integration in die politische, ökonomische, Sicherheits- und legislative Ordnung Europas“ (S. 114). Doch wenn

Handl auch annahmt, der CEFTA fehle eine Vision, ein Gründungsethos sowie eine Führerpersönlichkeit, so haben die drei Visegrád-Staaten das große Ziel in kurzer Zeit erreicht, die Integration in EU und NATO.

Sehr viel heterogener präsentiert sich hingegen die Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Die beteiligten Staaten gehörten vor dem Zusammenbruch des Sozialismus unterschiedlichen Blöcken an. Nach der Wende läuft die Trennlinie zwischen EU-Staaten, EU-Anwärterstaaten und Staaten, die sich von der EU fernhalten. Parallel dazu ist der militärische Bereich zu sehen. Dementsprechend beharrt *Alvydas Nikžentaitis* nicht nur auf der Ostseekooperation als „Erfolgsgeschichte“, sondern sieht auch die durch die Interessenkonflikte bedingten deutlichen Schwächen („Ostseeregion: Kooperation und Konflikte“).

Deutlich pessimistischer wird in der Forschung dagegen die Effizienz der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperationsorganisation (BSECO) beurteilt, wie *Plamen Pantev* darlegt („Die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperationsorganisation: Von der Zusammenarbeit zur Konfliktregelung?“). Der Anteil jener Mitgliedstaaten, die mit politischen Konflikten und ökonomischen Krisen zu kämpfen haben, ist höher als in den anderen vorgestellten regionalen Kooperationsorganisationen. Daher stellte sich der Autor auch die Aufgabe, nach Wegen zu suchen, die die Schwarzmeerorganisation für Konfliktregelungsmechanismen bereit machen könnten.

Als eine sinnvolle Abrundung erscheint das dritte und letzte Kapitel, das den Blick auf Rußland lenkt. Denn Rußland war und ist schließlich jene Größe, die die osteuropäischen Staaten

dazu veranlaßt hat, regionale Zusammenarbeit zu suchen. Nach einer Hinführung durch *Frank Bärenbrinker* werden zwei Fallbeispiele behandelt. *Predrag Simić* geht der Position Rußlands in den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien nach, und *Rumen Dimitrov* behandelt das Verhältnis Rußlands zu Bulgarien. In beiden Fällen gelingt es den Autoren, den historischen Hintergrund zu skizzieren, da nur so die aktuellen Bezüge verständlich werden.

Der Band bietet einen übergreifenden Einblick in die grundlegende Thematik der außenpolitischen Orientierung mancher osteuropäischer Staaten. Auch wenn es nicht das Ziel des Hrsg. war, flächendeckend vorzugehen, regt der Band zum Weiterdenken an. Regionale Kooperationsstrukturen können sich durch bestimmte Konstellationen immer wieder neu herausbilden. Obwohl Länder Südosteuropas in der BSECO vertreten sind, steht die Region in keinem der in dem Band aufgezählten Modelle im Mittelpunkt. Daher müßte diesem Teil des Kontinents besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Welche regionalen Kooperationsmodelle bilden sich gerade auch nach dem Zerfall Jugoslawiens und dem fortwährenden Kriegszustand in Südosteuropa heraus? Aus geostrategischer und politischer Sicht wird von einem auf die Adria sich konzentrierenden Raum „Mediterran“ oder einem „Balkan-Schwarzmeer-Kaukasus-Raum“ gesprochen.¹

Hans-Christian Maner

1 Dazu S. Trobst, Eine neue Südosteuropa-Konzeption? Der Balkan-Schwarzmeer-Kaukasus-Raum in politikwissenschaftlicher Sicht. In: Jahrbücher für Geschichte und Kultur Südosteuropas Bd. 2 (2000), 153-159.